



„UmbauRuhr“

Eckpunkte für eine Zukunftsinitiative zur
Dynamisierung der Infrastruktur an der Ruhr

Ruhrkonferenz der RuhrSPD

19. Nov. 2011

RuhrCongress Bochum

UmbauRuhr

Eckpunkte für eine Zukunftsinitiative zur Dynamisierung der Infrastruktur an der Ruhr

In den zurückliegenden zehn Jahren hat sich die Ruhrwirtschaft positiv entwickelt und weiter gewandelt. Die Unternehmen haben sich aus den Wertschöpfungsstrukturen der tradierten Montanindustrie herausgelöst und neue Geschäftsfelder sowie zahlreiche neue Wertschöpfungsnetze mit neuen Qualifikationsfeldern an der Ruhr etabliert, von denen auch die umliegenden Regionen profitieren. Dabei ist auffällig, dass es vor allem Märkte für Infrastrukturleistungen und Bedarfe der täglichen Lebensführung sind, die hier weiter gewachsen sind. Energieerzeugung, Energieübertragung, Wasserbau, Logistik und Effiziente Technologien, Bauwirtschaft und Neues Wohnen, Gesundheit, Medizinische IT, Mobilität, Bildung, Handel und die Event- und Kreativwirtschaft sind neue Leitmärkte für unsere Unternehmen geworden. In diesen Märkten haben nahezu 80 Prozent der Beschäftigten an der Ruhr ihre Arbeitsplätze. Industrieunternehmen, die Technologien, Werkstoffe, Maschinen, Zulieferteile und Rohstoffe für diese neuen Leitmärkte produzieren, haben an der Ruhr eine wichtige Kernfunktion.

Das Ruhrgebiet hat ein gutes Stück des Wandels von der Montanwirtschaft zur industriellen Wirtschaftsmetropole erfolgreich zurückgelegt. Für den weiteren Sprung zu einer dauerhaft prosperierenden Region mit einer Arbeitslosenquote deutlich unter zehn Prozent spielt der Umbau der Infrastrukturen an der Ruhr eine zentrale Rolle. Wir brauchen eine Dynamisierung der Infrastruktur, um zwei Dinge miteinander zu verbinden:

1. Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die im Ruhrgebiet leben und arbeiten
2. Die Beschleunigung und Sicherung des Wachstums der neuen Leitmärkte an der Ruhr

Um eine solche Dynamisierung der Infrastruktur an der Ruhr zu erreichen, bedarf es neben den verstärkten Anstrengungen in der Region selbst auch einer konzertierten Aktion der Landes- und Bundesregierung. Im Kern geht es um den Aufbau einer gezielten Förderung des Bundes für die Infrastruktur an der Ruhr.

Ein Sonderprogramm unter dem Titel: "*Z I R - Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr*" muss die folgenden vier Eckpunkte umfassen:

1. Rohstoff- und Energieeffizienz ausbauen

Wir wollen, dass die Metropole Ruhr in einer Zukunftsallianz aus Grundstoffindustrie, Energiewirtschaft, Handwerk, den Technologieführern der erneuerbaren Energien und unseren innovativen mittelständischen Unternehmen zum Vorreiter der Effizienzrevolution wird. Um dem Modellcharakter dieser Zielsetzung Rechnung zu tragen, sollen die erarbeiteten Projekte im Jahr 2020 im Rahmen einer Klima-Expo erlebbar gemacht werden.

- Unsere hervorragende unternehmerische Kompetenz im Bereich der Energieübertragung und -speicherung, im Planen und Bauen von Hochleistungsnetzen in der Stromversorgung muss durch den **Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für Energiespeicherung und -verteilung (IFE)** im Ruhrgebiet weiter gestärkt werden.
- Die Ansiedlung und Ausgründung von jungen Technologie- und Service-Unternehmen rund um dieses Fraunhofer-Institut muss im Ruhrgebiet mit einem bundesweiten **Sonderprogramm der gewerblichen Förderung von Effizienzinnovationen** gezielt unterstützt werden.
- Der europaweit einmalige Verbund von Energie- und Wärmegewinnung für Industrie und Haushalte ist durch den **Ausbau der Fernwärmeschiene Ruhr** weiter zu forcieren. Neben der Erweiterung der Verteilnetze muss auch die Großprojektförderung (Fernwärmeschiene) sowie die Unterstützung von Modernisierungsanstrengungen in Anlagentechnik zur Optimierung der Wärmeauskoppelung fester

Bestandteil eines modernen KWK-Gesetzes sein. In Verbindung mit dem neuen Fraunhofer-Institut an der Ruhr, ist der Ausbau der Aufnahmefähigkeiten des Fernwärmenetzes von regenerativen Energiequellen technisch und wirtschaftlich weiter zu entwickeln.

- Auch die Entwicklung der Techniken bei den erneuerbaren Energien ist noch nicht am Ende angekommen. Zukünftiger Wettbewerb aus Asien zwingt die hiesige Industrie mit ihren Zulieferern zu Innovationen in der Technik und der Anwendung. Dabei ist für die Weiterentwicklung der technologischen Basis (auch mit bisher unterbewerteten Quellen, wie der Geothermie, deren bundesweites Zentrum im Ruhrgebiet eine beispielhafte Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bietet), als auch für die Speicherfähigkeit mit entsprechenden neuen Technologien im Bereich der Pumpspeicherwerke, mit Unterstützung des Bundes ein **"Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien" im Ruhrgebiet** zu etablieren.
- Nachhaltige Produktionssysteme und Ressourceneffizienz sind nur möglich, wenn die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die energieintensive Produkte herstellen, gewahrt wird. Im Rahmen der *"Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr"* werden daher gezielte Entlastungs- bzw. Bonussysteme für Unternehmen (beispielsweise Modelle der „tax credits“) mit systemischen Innovationen in der Ressourceneffizienz entwickelt. Dabei können auch neue Geschäftsmodelle mit Dienstleistungen zur **Netzstabilität durch energieintensive Betriebe** Berücksichtigung finden.
- Parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien, ist die Sicherung der nationalen **Energieversorgung mit Hilfe von Kohle- und Gaskraftwerken** sicher zu stellen. Dabei sind die Betriebsfortführung und der Neubau von wirkungsgradstarken und flexibel steuerbaren Kraftwerken zur stabilen Versorgung weiter zu verfolgen.
- Im Rahmen ihrer neuen Außenhandels- und Europapolitik wird die Bundesregierung die Sicherheit der Rohstoffversorgung für die hiesige Industrie zum nationalen Interesse erheben. Um dieser politisch-diplomatischen Aufgabenstellung unter Beachtung menschenrechts- und entwicklungspolitischer Zielsetzungen den richtigen Rahmen zu verleihen, wird die Bundesregierung eine jährliche **"Nationale Rohstoffsicherheitskonferenz" in der Metropole Ruhr** durchführen.

2. Urbane Innovationen

Die Urbanisierung wird zum Schlüssel der modernen Gesellschaft. Die „neue Stadt - nachhaltig, sozial und innovativ für die Menschen“, dieses Leitbild wollen wir in unserer Metropole weiter verfolgen. Dabei sind Lösungen für Infrastruktur und der kommunalen Selbstverwaltung von höchster Bedeutung für die Zukunft dieser Region. Eines der wichtigen Projekte der Urbanisierung ist beispielsweise der Emscherumbau, der noch in dieser Dekade eine zentrale Rolle spielen wird.

- Die eigene Handlungsfähigkeit kommunaler Haushalte ist durch die Ausweitung sozialer Leistungsgesetze ohne Gegenfinanzierung strukturell unmöglich geworden. Urbane Innovationen für Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Lebensqualität in der neuen Stadt bleiben so ein frommer Wunsch. Die neue Bundesregierung wird dafür Sorge tragen, **dass der Bund sich hälftig an den Sozialkosten (insbesondere Eingliederung für Menschen mit Behinderungen) beteiligt und so den Kommunen ihre Handlungsfreiheit zurückgibt.** Das soll im Wege einer bundeseinheitlichen Leistungsgesetzgebung geschehen.
- Die Erneuerung der Wohnungswirtschaft ist mit der *"Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr"* in doppelter Weise zu forcieren. Zum einen ist ein **Sonderfonds energetische Gebäudesanierung** einzurichten, aus dem gezielte Investitionszuschüsse für energetische und gebäudetechnische Sanierungen im Wohnungsbestand (erbaut vor 1976) bereitgestellt werden sollen. Zum anderen ist

ein Nachhaltigkeitsfonds Wohnungswirtschaft mit privater Beteiligung für den notwendigen Rückkauf von privaten Wohnungsbaubeständen einzurichten.

- Das bisher gültige Förderprogramm "**Soziale Stadt**" ist **neu aufzulegen** und weiterzuentwickeln. Dabei müssen neue soziale Tätigkeiten mit den Instrumenten der öffentlichen Beschäftigung zu Vollzeit Arbeitsplätzen mit Sozialversicherung ausgebaut werden. Die klassischen Grenzen der Zusätzlichkeit sind dabei neu zu definieren. Integrationsunternehmen mit dem Ziel berufs- und betriebsnahe Eingliederung am Arbeitsmarkt zu realisieren, werden gezielt gefördert.
- Als neue Säule des Programms "Soziale Stadt", ist die Säule "**Rückbau-Innovativ**" für den **Umbau von Stadtteilen und Quartieren** mit deutlich rückläufiger Bevölkerung und Haushalten in Großstädten zu etablieren. Dabei sind sowohl Pläne und Konzepte für neue Quartiere als auch integrierte Baumaßnahmen als Gegenstand der Förderung zu planen. Voraussetzung für derartige Maßnahmen sind städtebauliche Konzepte in denen sowohl die erhaltenswerten als auch die zum Rückbau anstehenden Quartiere dargestellt werden.
- Um das Ausweisen neuer Flächen für die Gewerbe- und Industrieansiedlung effizient zu gestalten, ist die Förderung von **regionalen Grundstückfonds** für die Aufbereitung von ungenutzten Brachflächen als Bestandteil der neuen Säule "Rückbau-Innovativ" einzubeziehen.
- In einem Ballungsraum mit 53 aneinander grenzenden Gebietskörperschaften, ist eine abgestimmte Strategie für die Entwicklung von Einzelhandel und Innenstadtlagen ebenso dringlich wie schwierig. Steuer- und Kaufkraftkonkurrenz verhindern im operativen Verwaltungsgeschäft oft entsprechende interkommunale Strategien. Mit dem überregionalen, bundesweiten Aufbau eines nationalen Forschungs- und Projektzusammenhangs "Lebendige Stadt" zum Aufbau von **Strategien zur Revitalisierung der Innenstädte** in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag sind daher neue Leitlinien für diese Themen zu entwickeln.

3. Neue Mobilitätsdienstleistungen

Automobilindustrie, öffentliche Verkehrsbetriebe, Logistikunternehmen, Bahnindustrie, Hersteller sonstiger Fahrzeuge wie Fahrräder und Motorräder, web.-Dienste, die Softwareindustrie und die Entwickler neuer Antriebstechnologien wachsen zum Zukunftsmarkt für neue Mobilitätsdienstleistungen zusammen. Die Metropole Ruhr will Modellregion für neue Mobilitätsdienstleistungen in Europa werden.

- Nirgends sonst ist die Infrastruktur ein solch strategischer Faktor wie im Markt der neuen Mobilitätsdienste. Dieser Zukunftsmarkt braucht nicht weniger Infrastruktur – er braucht eine bessere Infrastruktur und damit auch eine gesicherte Finanzierung für dessen Erhalt, Ausbau und Weiterentwicklung. Daher wird die neue Bundesregierung im Rahmen der "*Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr*" die Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen in der Metropole auf eine neue, solide Grundlage stellen. **Straßenbauprojekte, die zu einer regionalen Priorität der Metropole** erhoben werden, erhalten im Rahmen der Zukunftsinitiative einen Finanzierungsvorrang. Neben Straßenbauprojekten können dazu auch Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradinfrastruktur, insbesondere in den Ballungsgebieten, gehören. Als zukunftsweisendes interkommunales Projekt ist hierbei die Planung des 85 Kilometer langen Radschnellwegs Ruhr von Duisburg nach Hamm zu nennen.
- Darüber hinaus werden die Bahnprojekte, „Drittes Gleis für die **Betuwe-Linie** von Emmerich nach Oberhausen“ und der „**Eiserne Rhein**“ dringlich verfolgt und umgesetzt. Nur mit dem Ausbau dieser Hauptschlagadern des Schienengüterverkehrs ist die Top-Logistikfunktion des Standortes weiter zu garantieren.

- Um die Pendlerverkehre und die Güterverkehre in der Metropole weiter zu entzerren und die Bundesautobahnen A2, A3, A40 und A52 weiter zu entlasten, ist die **Umsetzung des Rhein-Ruhr-Expresses** von nationaler Bedeutung. Darüber hinaus ist der **Ausbau des Fahrplans im SPNV** auf den „Korridoren“ Rheinschiene von Emmerich nach Oberhausen, der Rhein-Ruhr-Schiene von Köln über Düsseldorf, Essen, Dortmund und Hamm nach Minden sowie auf der Nord-Süd-Strecke von Münster über Hamm nach Dortmund zwingend vorzunehmen.
- Die DB AG wird zum strategischen Partner der *Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr* und wird ihre eigenen **neuen Mobilitätsdienstleistungen** (Tür-zu-Tür-Konzepte) vorrangig im Ruhrgebiet einsetzen und austesten. Die **Bahnstationsmodernisierungen** in den Kernstädten werden fortgeführt und bis 2018 realisiert.
- Die Bundesregierung wird im Rahmen der Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr gesetzliche Initiativen ergreifen und die Finanzierung der Modernisierungsinvestitionen in die **Infrastruktur der Stadtbahnen der Verkehrsbetriebe** sicherstellen. Darüber hinaus wird der Verkauf der Bundesanteile am Duisburger Hafen nur dann realisiert, wenn Anteilseigner gefunden werden, die die strategische Weiterentwicklung des Hafens als Binnenhafen mit Seehafenfunktion für die ZARA-Häfen (Zeebrugge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen) aktiv forcieren.

4. Demographie und Gesundheit

Der demographische Wandel und der Ausbau der Gesundheitswirtschaft sind zwei wesentliche Faktoren der neuen Stadt. Unsere Metropole wird kleiner, älter und bunter. Sie muss auch gesünder und integrativer werden, um ihre Zukunft zu wahren. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen einer unserer großen Beschäftigungsmotoren und die altengerechte Stadt eine echte Zukunftsvision.

- **Demographiefeste Regionen** sind bisher erst in den Startlöchern. Die Metropole Ruhr wird in ihrer Bevölkerungsstruktur etwa zehn Jahre früher als andere Regionen von der Alterskohorte der über 60-Jährigen dominiert sein. Um die Anstrengungen des demographischen Wandels in dieser Region auf neue Füße zu stellen, wollen wir eine neues „**Institut für Demographie und Region**“ an der Ruhr etablieren. Gemeinsam mit dem Gesundheitscampus Ruhr und der neuen Bundesregierung wird es hierzu eine entsprechende Initiative geben.
- Im Zusammenhang mit dem neuen Institut wird eine nationale **Modellinitiative "Vitale Stadt"** ausgelobt. Gemeinsam wird von Bund und Land eine generationengerechte Modellstadt an der Ruhr für vorbildliche Versorgung, Partizipation und Integration älterer Menschen ausgeschrieben.
- Die neue Bundesregierung baut ein nationales **"Zukunftsbündnis Gesundheits-IT"** unter Beteiligung von Wissenschaft, Kliniken, Wirtschaft und Politik auf. Dieses Bündnis wird federführend von dem Klinikcluster an der Ruhr gemanagt werden. Dafür werden entsprechende Strukturen aufgebaut.
- Als ein Schwerpunkt der regionalen, präventiven Gesundheitspolitik ist das „**Betriebliche Gesundheitsmanagement**“ zu implementieren. Unter Beteiligung der Hauptakteure wie Unternehmen, Betriebsräte, Gewerkschaften, Kammern, Kassen und Einrichtungen wie den Berufsförderungswerken werden regionale Aktivitätenkataloge für innovative Konzepte erarbeitet.

Die RuhrSPD wird gemeinsam mit den unterschiedlichsten Akteuren in der Region im nächsten Jahr die weitere Konkretisierung der „*Zukunftsinitiative Infrastruktur an der Ruhr*“ vorantreiben. Von der Bundes-SPD erwarten wir die Berücksichtigung dieser Initiative im Wahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl und in dem zu schließenden Koalitionsvertrag sowie die Umsetzung durch die neue SPD-geführte Bundesregierung. Um die Initiative auch erfolgreich umzusetzen zu können, ist neben der Unterstützung des Bundes auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen im Ruhrgebiet unabdingbar. Die RuhrSPD wird sich für Strukturen, die dies verstärkt ermöglichen, einsetzen.